



NIEDERSCHRIFT DER SITZUNG

Sitzungsnummer: JHA/05/2017
Gremium: Jugendhilfeausschuss
Tag: Mittwoch, 20.09.2017
Ort: Sitzungsraum A.201, Rathaus an der Volme
Beginn: 16:00 Uhr
Hinweis:

A. TAGESORDNUNG

I. Öffentlicher Teil

1. Feststellung der Tagesordnung
2. Mitteilungen
3. Anliegen der Jugendräte
4. Vorschlag der Fraktionen CDU, Bündnis 90 / Die Grünen, Hagen Aktiv & FDP im Rat der Stadt Hagen
Hier: Ortstermin bei der Suchthilfe Aachen
Vorlage: 0803/2017
5. Aktueller Stand Kindertageseinrichtungen
6. Stand der aktuellen Versorgung, Teilhabe und Integration unbegleiteter minderjähriger Ausländer (UMA)
Bericht der Verwaltung
7. Betreuung der Kinder von Flüchtlingen und Zuwanderern in Hagen
Hier: Mitteilung zur Bewertung der Stichtagsregelung im Datenerhebungsverfahren
Anlage
8. Genehmigung der Dringlichkeitsvorlage 0656/2017
Wechsel der Trägerschaft für die Maßnahmen und Einrichtungen MusicOffice Hagen, WIWA Mädchentreff Hagen, Jugendzentrum Berchum und Kinder- und Jugendkultur im Kultopia auf Grund der Insolvenz der Ev. Schülerinnen- und Schülerarbeit e.V.
Vorlage: 0784/2017



9. Öffentliche Anerkennung eines Trägers der freien Jugendhilfe gemäß § 75
SGB VIII
hier: "Prisma Bildungsplattform e.V."
Vorlage: 0786/2017

10. Anfragen nach § 18 der GeschO des Rates



B. SITZUNGSVERLAUF

I. Öffentlicher Teil

Beginn des öffentlichen Teiles: 16:00 Uhr

1. Feststellung der Tagesordnung

Herr Reinke begrüßt die Anwesenden zur ersten Sitzung nach der Sommerpause. Er stellt fest, dass es seitens der Ausschussmitglieder bezüglich der Tagesordnung keine Änderungswünsche gibt.

2. Mitteilungen

Frau Kaufmann informiert über eine Veranstaltung zum Thema Sinti und Roma, die Anfang Oktober über einen Zeitraum von einer Woche in Dortmund stattfindet. Es gehe darum, ein positives Schlaglicht auf diese Kultur zu werfen. Eine entsprechende Information folge per E-Mail.

Weiterhin informiert Frau Kaufmann über den Stand in Sachen UVG-Gesetz, bei der es um eine Ausweitung des Anspruches gehe. Man habe dadurch als Kommune deutlich höhere Personalausweitungen und sei derzeit dabei, mit allen zur Verfügung stehenden Kräften den Bedarf zu decken. Die geplanten Änderungen des Unterhaltsvorschussgesetzes seien mittlerweile formuliert und lägen der Verwaltung vor. Der kommunale Anteil werde rückwirkend erhöht. Die Zahl der Anträge habe sich drastisch erhöht. Über weitere Details werde man in der nächsten Sitzung des Jugendhilfeausschusses ausführlich berichten.

Herr Goldbach berichtet zum Gesetz zur Rettung der Trägervielfalt von Kindertageseinrichtungen in Nordrhein-Westfalen. Mittlerweile seien die kommunalen Träger auch einbezogen worden. Man rechne daher in Hagen für das laufende Kindergartenjahr 2017/2018 mit erheblichen Mehreinnahmen vom Land in Höhe von insgesamt 3,4 Millionen Euro. Davon entfielen voraussichtlich 1,38 Millionen Euro auf den kommunalen Träger. Für das Kindergartenjahr 2018/2019 seien insgesamt noch einmal 3,6 Millionen Euro vorgesehen. Davon entfielen auf den kommunalen Haushalt für die städtischen Einrichtungen 1,45 Millionen Euro. Diese Informationen lägen allerdings noch nicht offiziell vor und unterlägen daher noch einem gewissen Vorbehalt.

Herr Reinke zeigt sich erfreut über diese positiven Nachrichten. Er macht darauf aufmerksam, dass man heute passend zum Weltkindertag feiere. Außerdem feiere das Kinderhilfswerk Terre des hommes heute sein 50-jähriges Bestehen. Dazu gebe es am heutigen Abend um 19.00 Uhr eine Veranstaltung in der Villa Post.



Frau Lebok teilt mit, dass sie zukünftig den gesamtstädtischen Jugendrat im Jugendhilfeausschuss vertreten werde. Am kommenden Freitag finde ein Fest zum Weltkinderntag statt, zu dem sie die Ausschussmitglieder herzlich einlade. Der Jugendrat werde dieses Fest moderieren.

Herr Reinke stellt fest, dass man damit nahtlos zum nächsten Tagesordnungspunkt übergegangen sei.

3. Anliegen der Jugendräte

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Herr Reinke begrüßt Frau Lebok im Jugendhilfeausschuss und heißt sie herzlich Willkommen. Heute sei sie als Gast vertreten. Der offizielle Weg laufe über einen entsprechenden Ratsbeschluss.

Auf Rückfrage von Herrn Reinke teilt Frau Lebok mit, dass es von ihrer Seite keine weiteren Informationen für den Ausschuss gebe.

4. Vorschlag der Fraktionen CDU, Bündnis 90 / Die Grünen, Hagen Aktiv & FDP im Rat der Stadt Hagen

Hier: Ortstermin bei der Suchthilfe Aachen

Vorlage: 0803/2017

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Herr Reinke weist darauf hin, dass es einen Antrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/ Die Grünen, Hagen Aktiv und FDP zum Thema Suchtberatung gebe. Man habe das Thema in den vergangenen Jahren des Öfteren diskutiert. Er begrüßt in dem Zusammenhang auch Herrn Schmidt vom Gesundheitsamt.

Anfang des Jahres sei dem Ausschuss noch einmal dargelegt worden, dass einige Dinge nicht funktionierten. Das sei für den Ausschuss unbefriedigend gewesen. Man habe seinerzeit angekündigt, dass man sich in der Sommerpause noch einmal mit diesem Thema befassen wolle. Es gebe mittlerweile eine kleine Arbeitsgruppe dazu und der Aufschlag solle sein, eine Einrichtung in Aachen zu besuchen und sich die Gegebenheiten vor Ort anzusehen, um Anregungen für eine mögliche Übertragung in Hagen mitzunehmen. Diese Einrichtung habe er bereits mehrfach als positives Beispiel erwähnt. Ansonsten sei der Antrag selbsterklärend.

Herr Schmidt weist darauf hin, dass Voraussetzung für eine Umsetzung sei, dass die drei Träger zusammengehen wollten. Das sei aber bis dato nicht der Fall.



Er gebe vor diesem Hintergrund zu bedenken, dass ein Besuch in Aachen vor diesem Hintergrund nicht weiterführend sei. Man habe sich auch bereits eine Einrichtung in Duisburg angeschaut. Er plädiere daher dafür, vorab zu klären, ob die Bereitschaft bei der AWO, dem Blauen Kreuz und der kommunalen Drogenhilfe vorhanden sei, zusammenzugehen.

Herr Reinke macht deutlich, dass dieses Thema zu wichtig sei und man es daher noch einmal aufgreifen wolle.

Frau Buchholz nimmt als beteiligter Träger Stellung. Sie weist darauf hin, dass bei der Übernahme neuer Aufgaben auch geklärt werden müsse, wie diese finanziert werden könnten. Es sei nicht darum gegangen, sich zu verweigern, mit anderen Trägern zusammenzuarbeiten, sondern um die Rahmenbedingungen. Die AWO sei jederzeit bereit, über eventuelle neue Ideen zu diskutieren, aber die Rahmenbedingungen müssten stimmen.

Frau Timm-Bergs möchte wissen, wer in dieser Arbeitsgruppe mitarbeite und welches Ziel verfolgt werde. Wie viele Teilnehmer des Jugendhilfeausschusses könnten an der Fahrt nach Aachen teilnehmen? Man könne sich die örtlichen Gegebenheiten dort anschauen. Inwieweit diese auf Hagen zu übertragen seien, werde dann zu prüfen sein.

Herr Reinke macht deutlich, dass es genau darum gehe. Die Arbeitsgruppe sei nicht vom Jugendhilfeausschuss eingerichtet worden. Die Arbeitsgruppe habe sich aus Vertretern der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und CDU gebildet. Man wolle die Dinge aus fachlich-sachlicher Sicht neu angehen, da man seinerzeit zu keinem Ergebnis gekommen sei.

Herr Jörg teilt mit, dass er aus eigener Erfahrung sagen könne, dass die inhaltliche Ausrichtung in einer Drogenberatung wesentlich sei. Welche Konzeption stecke dahinter und mit welchen Strategien erreiche man sein Klientel? Seines Erachtens müsste man die Ergebnisse aus Aachen zunächst inhaltlich bewerten. Wenn es möglich sei, vorab eine inhaltliche Bewertung der Arbeit in Aachen vorzunehmen, könnte man ggf. auf einen Besuch dort verzichten.

Herr Reinke berichtet, dass er vor anderthalb Jahren dort gewesen sei und es für sinnvoll erachte, sich die Gegebenheiten dort einmal anzusehen. Die Organisation der Fahrt würde er in die Hände der Verwaltung legen.

Herr Schmidt macht deutlich, dass all das, was angesprochen worden sei, bereits ausführlich geprüft worden sei. Es gehe eigentlich nur um die Frage, ob es eine Chance gebe, das gemeinsam anzugehen.

Herr Reinke lässt über den Beschlussvorschlag abstimmen.



Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, noch vor dem Jahresende 2017 einen gemeinsamen Ortstermin des Jugendhilfe- und des Sozialausschusses bei der Suchthilfe Aachen zu organisieren. Ziel soll es sein, sinnstiftende Anregungen für eine engere Zusammenarbeit der verschiedenen Träger in Hagen aufzunehmen.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltung
SPD	2		
CDU	3		
Die Linke	1		
In der Jugendhilfe erfahrene Mitglieder	2		
Vertreter Jugend- und Wohlfahrtsverbände	4		

Einstimmig beschlossen

Dafür: 12
Dagegen: 0
Enthaltungen: 0

Abschließend regt Herr Schmidt an, die Teilnehmer der Lenkungsgruppe bei dem Ortstermin mit einzubeziehen, damit man dann einen gemeinsamen Wissensstand habe.

5. Aktueller Stand Kindertageseinrichtungen

Herr Hannusch berichtet über den aktuellen Stand der Kindertageseinrichtungen (**siehe Anlage zu TOP 5**).

Herr Goldbach weist darauf hin, dass bei dem Bauvorhaben Martin-Luther-Straße eine Bauverzögerung nicht eintreten dürfe. Die Landesmittel seien bis Ende 2018 gebunden und die Arbeiten müssten bis dahin abgeschlossen sein. Das sei aber auch Grundlage der Ausschreibung gewesen.



6. **Stand der aktuellen Versorgung, Teilhabe und Integration unbegleiteter minderjähriger Ausländer (UMA)**
Bericht der Verwaltung

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Frau Kaufmann berichtet, dass man beim Städtetag rückblickend geschaut habe, wie sich bei diesem Thema die Situation in den Kommunen verändert habe. Seit August letzten Jahres habe man in Hagen einen eigenen innerbehördlichen Fachdienst und seit April seien dort alle vier Vollzeitstellen besetzt. Sie sei sehr froh, feststellen zu können, dass die Entwicklung in dem Bereich in Hagen auch im Vergleich zu anderen Kommunen außerordentlich gut gelaufen sei. Das sei auch der guten Betreuung bei den Pflegefamilien und dem Sozialdienst katholischer Frauen zu verdanken. Sie richte in dem Zusammenhang an alle erziehungsberechtigten Personen mit Sorgerechtsberechtigung ein großes Dankeschön für ihre Unterstützung. Als zuständige Fachdezernentin sei sie dankbar und froh über diese Entwicklung und richte auch ein Dankeschön an alle beteiligten Stellen.

Herr Goldbach stellt Herrn Strate vor, der als Mitarbeiter im Fachdienst für die unbegleiteten minderjährigen Ausländer (UMAs) arbeitet. Er werde im Anschluss den fachlichen Teil der Arbeit vorstellen. Man sei für die UMAs, die der Stadt Hagen zugewiesen würden, in Sachen Betreuung, Versorgung, Erziehung, Förderung und Integration zuständig und mache das in enger Kooperation mit den ortsansässigen Trägern. Die Zahlen hätten sich auf etwas niedrigerem Niveau als vor einem Jahr stabilisiert. Zurzeit gebe es auch keine Anzeichen, dass sich daran etwas ändere. Er beschreibe die personelle Ausstattung der Fachstelle. Diese sei auch notwendig, um den Anforderungen gerecht zu werden.

Herr Strate berichtet zum Stand der aktuellen Versorgung, Teilhabe und Integration der UMAs (**siehe Anlage zu TOP 6**).

Herr Reinke schließt sich dem von Frau Kaufmann ausgesprochenen Dank an die Träger der Jugendhilfe für die Versorgung der unbegleiteten minderjährigen Ausländer an. Ihm sei bekannt, dass der BSH unbegleitete minderjährige Ausländer unter anderem auch in der Jugendeinrichtung Berchum aufgenommen habe. Er bittet die Verwaltung dazu um Stellungnahme, ob jetzt in Berchum noch Unterbringungsmöglichkeiten seien.

Herr Goldbach teilt mit, dass die Unterbringung schon vor der Insolvenz der ESW nicht mehr erfolgt sei.

Auf Nachfrage von Herrn Reinke nach den Zahlen berichtet er, dass das Jugendamt regelmäßig Mitteilungen des Landesjugendamtes Rheinland über den Quotienten bekomme, der im Zusammenhang mit der Einwohnerzahl stehe. Daraus ergebe sich die Anzahl der UMAs. Diese Zahl verändere sich derzeit nicht grundlegend.



Herr Reinke fragt, wie es weitergehe, wenn die UMAs volljährig würden. Könnten dann noch Hilfen zur Erziehung gewährt werden?

Herr Strate antwortet, dass das genauso gehandhabt würde wie bei den deutschen Jugendlichen, die Antragshilfen zur Erziehung für junge Volljährige stellten. Es werde geprüft, ob die Anspruchsvoraussetzungen nach den Richtlinien des Landesjugendamtes vorlägen. Es bestehe eine Refinanzierung der Kosten durch das Landesjugendamt. Seiner Einschätzung nach würden ca. 80 % der Anträge genehmigt.

Frau Hamann berichtet, dass es in der Trägerschaft eine gewisse Unruhe gegeben habe aufgrund der Annahme, dass in Hagen mit den Hilfen für junge Volljährige rigider umgegangen würde und nicht mehr so viele Hilfen gewährt würden. Die Aussage von Herr Strate sei positiv zu bewerten. Ihr sei wichtig, dass es bei einer wohlwollenden Prüfung der Voraussetzungen seitens der städtischen Mitarbeiter bleibe. Sie begründet die Notwendigkeit der Weiterführung der Hilfen und beschreibt die erzielten Erfolge in dem Bereich.

Herr Jörg unterstützt die Ausführungen von Frau Hamann. Er bittet um eine Konkretisierung der genannten Zahlen.

Herr Reinke sagt zu, das Thema in der nächsten Sitzung noch einmal aufzugreifen.

Herr Goldbach verspricht, die erbetenen Zahlen in der nächsten Sitzung nachzuliefern. Er betont, dass diese Hilfe sehr wichtig sei. Hagen sei eine der wenigen Kommunen, die auch nach Auslaufen der Hilfe ein Übergangssystem zu dem Bereich Flüchtlingshilfe habe. Damit könne man auch noch mit einem gewissen Maße nachbetreuen.

Frau Kaufmann nimmt Bezug auf den schulischen Bereich. Es gebe erfreulicherweise keine Wartezeiten mehr. Die Rückmeldungen der Berufskollegs seien dahingehend positiv, dass die UMAs gute Schulgänger geworden seien. Einzelne Träger böten gute Lösungen für die Vermittlung von Sprachkenntnissen an. Das biete dann die Voraussetzungen für einen erfolgreichen Schulbesuch.

Ein weiteres Problemfeld sei dann die berufliche Integration. Man könne in Hagen stolz darauf sein, wie gut die Integration der jungen Menschen insgesamt mit allen Beteiligten bisher gelungen sei.

Herr Reinke bedankt sich bei Herrn Strate für den Vortrag.



7. **Betreuung der Kinder von Flüchtlingen und Zuwanderern in Hagen**
Hier: Mitteilung zur Bewertung der Stichtagsregelung im Datenerhebungsverfahren
Anlage

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Herr Reinke erinnert an die Ausführungen von Frau Haack zur Statistik in der letzten Sitzung.

Herr Goldbach führt aus, dass es darum gehe, zu ermitteln, was für ein Bedarf bei diesen Kindern aus der Zuwanderung zu erwarten sei und sich bei der Kitaplanung darauf einzustellen. Er beschreibt die Problematik. Man habe das Problem dahingehend gelöst, dass man den Stichtag vorgezogen habe. Das sei in dem vorliegenden Papier umfassend dargestellt.

Herr Reinke stellt fest, dass die Ausschussmitglieder damit einverstanden sind.

8. **Genehmigung der Dringlichkeitsvorlage 0656/2017**
Wechsel der Trägerschaft für die Maßnahmen und Einrichtungen MusicOffice Hagen, WIWA Mädchentreff Hagen, Jugendzentrum Berchum und Kinder- und Jugendkultur im Kultopia auf Grund der Insolvenz der Ev. Schülerinnen- und Schülerarbeit e.V.
Vorlage: 0784/2017

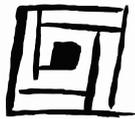
Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Herr Goldbach führt in die Thematik ein.

Das Insolvenzverfahren der Ev. Schülerinnen- und Schülerarbeit sei zum 01.09.2017 eröffnet worden. Die von der Stadt geförderten Einrichtungen würden daher mit einer Ausnahme nicht mehr von der ESW betrieben. Im Monat September werde vom Insolvenzverwalter noch die Verpflichtung gegenüber dem Jugendzentrum Berchum erfüllt, weil man zugesagt habe, den Zuschuss für das Jugendzentrum für den Monat September zu erstatten. Mittlerweile habe sich der Kirchenkreis Iserlohn-Letmathe entschieden, ab 01.10.2017 die Trägerschaft zu übernehmen. Auch für die beiden anderen Einrichtungen hätten sich neue Träger gefunden.

Alle Mitarbeiter seien übernommen worden. Man sei froh, trotz der Dramatik nun gute Lösungen gefunden zu haben. Die Arbeit habe ohne Unterbrechung fortgesetzt werden können. Wegen der Sommerpause habe man einen Dringlichkeitsbeschluss herbeiführen müssen.

Herr Reinke stellt fest, dass es traurig sei, dass die Trägerschaft mit der ESW zu Ende gehe. Man habe vieles zusammen erreicht. Er richtet seinen Dank an die Verwaltung, dass es gelungen sei, einen nahtlosen Übergang zu schaffen. Der Ausschuss



habe nun die Aufgabe, den Dringlichkeitsbeschluss zu bestätigen.

Er stellt den Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss genehmigt die Dringlichkeitsentscheidung des Vorsitzenden bezüglich des Trägerwechsels wie folgt und beschließt den Trägerwechsel zum 01.09.2017 bzw. 1.10.2017

- | | |
|--|---|
| 1. Music Office Hagen (MOH)
sowie Zuschuss Netzwerk MOH | AWO UB Hagen-Märkischer Kreis |
| 2. WIWA-Mädchentreff | Wildwasser e. V. |
| 3. Jugendzentrum Berchum | Ev. Jugend im Kirchenkreis
Iserlohn-Letmathe |
| 4. Kinderkultur im Kultopia | Stadt Hagen |

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltung
SPD	2		
CDU	3		
Die Linke	1		
in der Jugendhilfe erfahrene Mitglieder	2		
Vertreter Jugend- und Wohlfahrtsverbände	4		

Einstimmig beschlossen

Dafür: 12
 Dagegen: 0
 Enthaltungen: 0



9. **Öffentliche Anerkennung eines Trägers der freien Jugendhilfe gemäß § 75 SGB VIII**
hier: "Prisma Bildungsplattform e.V."
Vorlage: 0786/2017

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Herr Goldbach erläutert die Vorlage.

Die Anerkennung sei seinerzeit befristet erfolgt. Es lägen keine neuen Erkenntnisse vor, die einer weiteren Verlängerung der Anerkennung entgegenstünden.

Frau Kaufmann bestätigt, dass sich an der grundsätzlichen Einschätzung des Trägers nichts geändert habe. Wenn es zu Problemen kommen sollte, pflege man eine Politik der Offenen Tür und stünde in engem Austausch mit dem Träger.

Herr Gül erinnert daran, dass er bereits vor zwei Jahren dazu Stellung genommen habe. Es handele sich um ein gesellschaftliches Problem, das mit der Grünen-Bewegung zusammenhinge. Er beschreibe seinen Standpunkt.

Herr Reinke bestätigt, dass man vor zwei Jahren eine intensive Diskussion darüber geführt habe. Die Verwaltung habe ausgeführt, dass in den beiden Jahren nichts passiert sei, das zu einer neuen Entscheidung habe führen müssen. Er befürworte den Kompromissvorschlag der Verwaltung.

Er stellt den Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

Beschluss:

Die öffentliche Anerkennung des Vereins „Prisma Bildungsplattform e.V.“ gemäß §75 SGB VIII wird um zwei Jahre bis zum 31.12.2019 verlängert.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

Dafür:	<u>10</u>
Dagegen:	<u>0</u>
Enthaltungen:	<u>2</u>



10. Anfragen nach § 18 der GeschO des Rates

keine

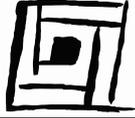
Ende des öffentlichen Teiles: 17.10 Uhr

gez. Detlef Reinke

Vorsitzender

gez. Martina Gleiß

Schriftführerin



Stadt Hagen – Jugendhilfeausschuss –

ANWESENHEITSLISTE

Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 20.09.2017

Ort: Rathaus an der Volme, Raum A 201

Beginn: 16.00 Uhr Ende: 17.10 Uhr

1. Mitglieder des Rates:

Ramona Timm-Bergs (SPD)
Sven Söhnchen (SPD)
Marianne Cramer (CDU)
Corinna Niemann (CDU)
Detlef Reinke (CDU)
Ralf Sondermeyer (Linke)

2. Stellv. Mitglieder des Rates:

keine

3. Stimmberechtigte Mitglieder in der Jugendhilfe erfahrene oder tätige Männer und Frauen

Wolfgang Jörg
Manfred Handel

4. Stellvertretende stimmberechtigte Mitglieder In der Jugendhilfe erfahrene oder tätige Männer und Frauen

keine

5. Stimmberechtigte Mitglieder Männer und Frauen auf Vorschlag der anerkannten Träger der Freien Jugend- hilfe (von Jugendverbänden und Wohlfahrtsverbänden)

Birgit Buchholz
Thomas Koslowski
Jana Kunze



**6. Stellvertretende stimmberechtigte Mitglieder
Männer und Frauen auf Vorschlag der anerkannte Träger der Freien Jugendhilfe
(von Jugendverbänden und Wohlfahrtsverbänden)**

Teresa Berger

7. Beratende Mitglieder:

Margarita Kaufmann
Reinhard Goldbach
Andreas Dittert
Michael Dahme
Michael Lingenberg
Angelika Hamann
Aydogan Gül

8. Stellv. beratende Mitglieder:

keine

9. Gäste:

Julia Lebok Gesamtstädtischer Jugendrat

10. Von der Verwaltung:

Frau Keller 55/3
Herr Hannusch 55/4
Frau Dahl 55/6
Herr Strate 55/6 Fachdienst UMA

Schriftführerin: Martina Gleiß